

## Wenn Grenzen neu gezogen werden – wo steht die Ethnologie?

Noch vor etwas mehr als einer Dekade klangen die scheinbar selbstverständlichen Vorannahmen ethnologischer Forschungen ganz anders als heute. Das Fach schien damals übereingekommen, dass eindeutige Unterscheidungen und Grenzmarkierungen obsolet seien, dass der Nationalstaat an Macht und Bedeutung verloren habe, dass Grenzen von Ideen, Identitäten und Zugehörigkeiten verwischt und durchlässig seien. Kreolisierung, Hybridisierung, Transnationalisierung waren die Begriffe der Zeit. Ethnologinnen und Ethnologen suchten nach neuen Methoden und Denkansätzen, um Durchlässigkeiten, Verwischungen und Durchmischungen zu erfassen und damit zu einem Verstehen der Gegenwart beitragen zu können.

Heute sieht die Welt – und damit auch die Aufgabenstellung für das Fach – ganz anders aus. Spätestens seit dem sogenannten „Sommer der Migration“ sind „Grenzen“ – in Form von Obergrenzen, Grenzen der Belastbarkeit – zentrale Figuren im politischen Diskurs. „Build that wall“, skandieren Trumps Anhänger in den USA, während Ursula von der Leyen, die neue EU-Kommissionschefin, ihr Vorhaben verteidigt, das EU-Migrationsressort zukünftig unter dem Namen „Schutz unseres europäischen Lebensstils“ zu führen. Judith Butler erhält vor ihrer Reise nach Brasilien Morddrohungen und tritt dort mit Bodyguards auf. Die sogenannte Identitäre Bewegung plädiert dafür, Ethnien sauber voneinander zu trennen und ihnen jeweils eigene, aber in jedem Fall voneinander abgegrenzte Territorien zuzuweisen. Bei den jüngsten Landtagswahlen erhält die AFD, ebenfalls eine Verfechterin eindeutiger Sortierungen, in Sachsen fast 30 Prozent.

Grenzen – *borders and boundaries* – sind historisch erprobte und teilweise neu erfundene soziale, gesellschaftliche, institutionell und infrastrukturell geronnene Aufteilungen in mindestens zwei voneinander getrennte Sphären. Gleichzeitig

vollzogen sich im Laufe der jüngsten Debatten um Migration, Flucht und Rassismus etliche Verschiebungen, Ausweitungen und Einengungen des Sagbaren. Auch hier findet ein neues Ringen um Grenzen statt, wenn die einen ihr Unbehagen formulieren und damit nicht nur sprachliche und moralische Grenzen überschreiten, sondern auch die Rechte der anderen in Frage stellen.

Wie gehen Ethnologinnen und Ethnologen damit um, wenn beispielsweise die Migrationspolitik neue Grenzen und Differenzlinien aufmacht, wenn der Zugang zu Territorien, staatlichen Leistungen oder politischer Teilhabe an politisch oder moralisch aufgeladenen Personenkategorien festgemacht und zwischen legitimen Geflüchteten und diskreditierten Migranten oder umgekehrt unterschieden wird? Oder wenn Projekte der humanitären Hilfe, des zivilgesellschaftlichen Engagements oder aktivistische Positionen mitunter den gleichen Unterscheidungslogiken folgen? Kommen wir als Ethnologinnen und Ethnologen angesichts dieser neuen Realitäten an unsere Grenzen?

Dies sind politische Fragen, die nicht rein akademisch diskutiert werden können. Sie gehen jeden von uns an, wenn wir uns nicht in den sogenannten Elfenbeinturm einer gesellschaftspolitisch weitgehend irrelevanten Wissenschaft zurückziehen wollen. Besonders betreffen diese Fragen jedoch Ethnologinnen und Ethnologen, die außerhalb des Wissenschaftsbetriebs arbeiten und sich täglich mit Positionen auseinandersetzen müssen, die im geschützten Bereich der universitären Ethnologie seltener vorkommen.

Im Rahmen der jüngsten Tagung der Deutschen Gesellschaft für Sozial- und Kulturanthropologie (DGSKA) wurden diese Fragen auf dem Roundtable „Grenzen der Zugehörigkeiten. Das Ende der Aushandlungen im Kontext globaler Mobilität“, einem neuen, stark diskussionsorientierten Format, diskutiert. Mit Friederike Stahlmann und Stephan Dünnwald waren zwei aktivistisch arbeitende KollegInnen eingeladen, die mit ihrem Engagement täglich in der politischen Auseinandersetzung stehen. Friederike Stahlmann hat sich als Gutachterin in Asylprozessen afghanischer

Flüchtlinge über Deutschland hinaus einen Namen gemacht und kämpft seit 2015 mit ihren Stellungnahmen vor Gericht gegen die politisch gewollte Auffassung, Afghanistan sei sicher und abgelehnte Asylbewerber könnten problemlos nach Kabul abgeschoben werden. Stephan Dünnwald arbeitet seit Jahren beim Bayerischen Flüchtlingsrat in München; er kennt alle Höhen und Tiefen der Auseinandersetzung um Flüchtlinge, sowohl bei öffentlichkeitswirksamen Kampagnen als auch bei Verhandlungen mit Politikern und Verwaltung darüber, ob dem einen oder der anderen Geflüchteten nicht doch die Abschiebung erspart werden kann. Sie diskutierten mit den beiden EthnologInnen Sabine Strasser (Universität Bern) und Boris Nieswand (Universität Tübingen), die das Thema Migration und Flucht seit langem als kritische WissenschaftlerInnen unter die Lupe nehmen. Sabine Strasser arbeitet vor allem zur Migration aus der Türkei und hat vor kurzem ein Projekt über die Bildungswege minderjähriger Flüchtlinge in der Türkei und in der Schweiz abgeschlossen. Boris Nieswand arbeitete zu Migration aus Ghana, hat in den letzten Jahren aber vor allem zu Migration und Asyl im deutschen institutionellen Kontext geforscht.

Um es gleich vorwegzunehmen: Die Diskussion lief nicht auf eine Konfrontation nach dem Muster „Aktivismus versus Wissenschaft“ hinaus. Im Gegenteil, Friederike Stahlmann und Stephan Dünnwald, die beide auch wissenschaftlich arbeiten, verwiesen auf die Autorität der Wissenschaft, die ihr gesellschaftlich zugesprochen wird, und ermutigten dazu, diese Autorität auch zu nutzen – etwa vor Gericht oder im Rahmen von politischen Auseinandersetzungen. Einer Organisation wie dem Bayerischen Flüchtlingsrat sei wenig geholfen, wenn EthnologInnen AktivistInnen werden, sagte Stephan Dünnwald. Wichtiger sei, dass die Ethnologie Forschungsergebnisse liefert, die aktivistische Positionen gegebenenfalls stützen und unterfüttern können. Vor Gericht, betonte Friederike Stahlmann, sei „Aktivismus“ ein Vorwurf, der Gutachter delegitimiere. Dort seien „Objektivität“ und „Fakten“ gefordert – zwei Begriffe, die der akademischen Ethnologie ja nicht unverdächtig sind. Aber es komme darauf an, sich strategisch auf die Rationalität des

Feldes einzulassen, wenn man etwas bewirken will.

Grenzen – politische, territoriale, diskursive, kategoriale – haben sich in den letzten Jahren in der Folge der so genannten „Flüchtlingskrise“ verschoben, sind undurchlässiger geworden und werden gleichzeitig stärker kontrolliert, darin waren sich alle einig. Wenn früher in Bezug auf Flucht und Asyl auf grundlegende Rechte verwiesen werden konnte, herrschen nun ein Diskurs und eine Gesetzgebung vor, in der individuelle Rechte durch Wohlverhalten erst verdient werden müssen. Dies gilt auch über nationale Grenzen hinweg. Sabine Strasser verwies auf den „EU-Türkei-Deal“, der nicht nur die Abschottung der Türkei für syrische Flüchtlinge beschleunigte, sondern auch neoorientalistische und gendernationalistische Vorstellungen Programm werden ließ: Wenn Resettlement-Programme im Rahmen dieses „Deals“ mit Zuschreibungen von Vulnerabilität arbeiten, werden Personenkategorien wie Frauen oder LGBTQ überzeichnet. Europa tritt dagegen als „Retter“ auf – als gäbe es in Europa keine Diskriminierung, Gewalt gegen Frauen oder Schwulenhass.

Dies gilt in beide Richtungen: sowohl die politische Rechte als auch Linke nehmen Moral für sich in Anspruch. Vor diesem Hintergrund setzte sich Boris Nieswand mit dem ‚moral turn‘ in den Sozialwissenschaften auseinander und stellte fest, dass eine eindeutige Unterscheidung zwischen Feldakteuren und beobachtendem WissenschaftlerInnen zunehmend problematisch sei. Er schlug vor, innerhalb des gesellschaftlichen Diskurses eine distanziert-kritische Position einzunehmen und zu untersuchen, wie moralische Setzungen stattfinden, beispielsweise wenn die Überlegenheit des ‚Faktischen‘ gegenüber dem ‚uninformiert-irrationalen Moralischen‘ ausgespielt wird. Eine solche Konzentration auf die Herstellung der Grenzziehung würde freilich erfordern, dass auch die Sozialwissenschaften ihre eigenen moralischen Haltungen zur Disposition stellen müssten. Selbstironisch reklamierte Stephan Dünwald die Moral sofort für den Bayerischen Flüchtlingsrat, um dann zu betonen, dass die Ethnologie dazu beitrage, das Feld auch nach ganz

anderen Gesichtspunkten zu sortieren: Es helfe, wenn man Abschiebungen nicht nur moralisch ablehne, sondern auch zeigen könne, dass sie nicht funktionieren, weil die meisten Abgeschobenen sich sofort nach ihrer Rückkehr wieder auf den Weg in das Abschiebeland machen.

Welche Haltung kann die Ethnologie zu den neuen Grenzziehungen entwickeln? Konstruktivistische Perspektiven, die einen kritischen Blick auf Machtpositionen werfen, haben sich nicht überlebt. Friederike Stahlmann verwies auf die gute alte ethnologische Methode des Perspektivwechsels: Man kann andere Geschichten erzählen, die die vorherrschenden Vorstellungen untergraben. Und selbst wenn man vor Gericht nicht auskommt, ohne sich auf vermeintlich „objektive Fakten“ zu stützen, so könne man doch in Frage stellen, wie „Fakten“ eigentlich produziert werden und durch andere Fragen andere Blickwinkel in die Diskussion bringen.

Und der Aktivismus? Sabine Strasser betonte, dass die Methodologie der Ethnologie eine klare Trennung zwischen Wissenschaft und Engagement unmöglich macht: Man kann nicht die Ko-Produktion von Wissen in der Feldforschung proklamieren, dann aber dem Schicksal der Ko-ProduzentInnen der Forschung gegenüber gleichgültig bleiben. Sie verwies noch einmal auf die Türkei: Dort sind viele AktivistInnen auch WissenschaftlerInnen. Sie wissen, dass sie die nächsten sein können, die das solidarische Engagement anderer nötig haben.

**Heike Drotbohm** arbeitet zu Migration, transnationalen Familienstrukturen und humanitärer Hilfe im atlantischen Raum, zur Zeit vor allem in Brasilien. Sie ist Professorin für Ethnologie an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz.

**Martin Sökefeld** hat unter anderem zu Migration, Diaspora und transnationaler Politik zwischen der Türkei und Deutschland und Pakistan und England gearbeitet. Zurzeit forscht er vor allem über Abschiebungen und “freiwillige” Remigration von

Heike Drotbohm  
Martin Sökefeld

19/12/19 page 6/6

Deutschland nach Pakistan. Er ist Professor für Ethnologie an der LMU München.